

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

Fraktion DIE LINKE

Fraktion/Stadtverordnete

(zehn vom Hundert der Stadtverordneten)

Antrag Nr.: **068/2010**

Datum:

zur Behandlung in
öffentlicher Sitzung

Beschlussantrag an die Stadtverordnetenversammlung

Betreff: Beschlussantrag: Brandenburg an der Havel gegen Kinderarbeit - Für fairen Handel

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
24.02.2010	Stadtverordnetenversammlung
03.03.2010	Jugendhilfeausschuss
04.03.2010	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen
10.03.2010	Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen
22.03.2010	Hauptausschuss
31.03.2010	Stadtverordnetenversammlung
28.04.2010	Stadtverordnetenversammlung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kriterien der ILO-Konvention 182 zur Vermeidung der ausbeuterischen Kinderarbeit in Ausschreibungskriterien und bei der Beschaffung von Waren aufzunehmen. Bei Beschaffungen ist auf entsprechende Zertifizierungen (z.B. „FAIRTRADE“, Rugmark-Siegel [Teppiche ohne Kinderarbeit], FSC [Holz], Xertifix [Steine] oder Fain [Blumen]) zu achten.
2. Bei Beschaffungen und bei Ausschreibungen der Stadt Brandenburg an der Havel und ihrer Einrichtungen, für z.B. Dienstkleidungen, Stoffe, Spielwaren, Nahrungs- und Genussmittel sowie Natur- und Pflastersteine die aus gefährdeten Herkunftsländern stammen können, sollen künftig nur solche Produkte Verwendung finden, die unter Beachtung der ILO-Standards produziert werden. Der Nachweis der Unbedenklichkeit ist von den Herstellern oder Anbietern selbst zu führen, wobei Kennzeichnungen wie z.B. das FAIRTRADE Siegel ausdrücklich begrüßt werden.
3. Darüber hinaus strebt die Stadt Brandenburg an der Havel den Status „Fairtrade-Stadt“ des Vereins TransFair, Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ e.V., an. Die Oberbürgermeisterin der Stadt wird mit der Koordinierung hierzu beauftragt.
4. Zur Information der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung berichtet die Stadtverwaltung jährlich im Dezember über den Stand der Umsetzung dieses Beschlusses.

L 001/2003

.....
Unterschrift/en

Begründung:

„Global denken - lokal handeln – Brandenburg an der Havel gegen Kinderarbeit - Für fairen Handel“

Soziale Verantwortung fängt bei jedem Einzelnen an. Die Tatsache von ausbeuterischer Kinderarbeit kann nicht länger als Problem der Dritten Welt abgetan werden. Die Umsetzung der Ziele der Agenda 21 muss lokal erfolgen.

Der Bundesrat stimmte am 13.02.2009 der Neufassung des Gesetzes zu Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zu, das im Dezember 2008 vom Bundestag beschlossen wurde. Das so geänderte Vergaberecht erlaubt öffentlichen Auftraggebern explizit, soziale und ökologische Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Damit wurde ermöglicht, dass beispielsweise Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit bei der öffentlichen Beschaffung ausgeschlossen werden dürfen.

Weltweit gehen nach Schätzungen des internationalen Kinderhilfswerkes „terre des hommes“ bis zu 250 Millionen Kinder unter 14 Jahren einer regelmäßigen Arbeit nach. Die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) hat sich u.a. der Abschaffung von ausbeuterischer Kinderarbeit verschrieben. Die ILO-Konvention 182, die auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde, definiert in Artikel 3 Formen ausbeuterischer Kinderarbeit. Fairer Handel stärkt die Produzenten und ihre Organisationen vor Ort und sorgt für langfristige und stabile Handelsbeziehungen mit den Produzenten. Gleichzeitig werden faire Preise für das Produkt gezahlt, dies sichert nachhaltige Produktion und den Produzenten die Deckung ihrer Lebenshaltungskosten.

Die Bedingung „hergestellt ohne ausbeuterische Kinderarbeit“ als besondere Vertragsbedingung bei der Vergabe von Beschaffungsaufträgen, Dienstleistungsaufträgen und Bauleistungen dokumentiert das Bekenntnis der Stadt Brandenburg an der Havel, keine ausbeuterische Kinderarbeit zu dulden. Somit hat die Stadt eine Vorbildfunktion für die Wirtschaft in der Region. Prominente Politiker Deutschlands wie Bundespräsident Horst Köhler, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a.D., Christian Ude, Vize-Präsident des Deutschen Städtetages, Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels (HDE) und andere argumentieren deutlich für die Kampagne FairTrade in den Kommunen. (<http://www.fairtrade-towns.de/>)